

Antrag

der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Thema: **Rechtsextremismus mit einem Gesamtkonzept bekämpfen**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag gedenkt den Opfern rechtsextremer Gewalttaten und bekennt sich klar gegen Rassismus, Antisemitismus und jedwede Form politisch motivierter Gewalt und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschfeindlichkeit. Er stellt fest, dass es Aufgabe aller Behörden sowie politischer und gesellschaftlicher Verantwortungsträger ist, sich diesen Bestrebungen entgegenzustellen und sie gemeinschaftlich zu bekämpfen.
- II. Die Staatsregierung wird daher ersucht, spätestens bis zum 31. Dezember 2020, ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten, das zum Ziel hat, rassistische Gewalt und Hass zurückzudrängen und ein sicheres und freies Leben für alle Menschen im Freistaat Sachsen sowie ein friedliches Miteinander in einer offenen und freien Gesellschaft zu gewährleisten. Das Gesamtkonzept soll insbesondere folgende Punkte umfassen:
 1. Personelle Stärkung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden unter anderem zum frühzeitigen Erkennen und zur wirksamen Bekämpfung rechtsextremer Strukturen und verstärkten Verfolgung von Hass-Postings sowie stärkere Sensibilisierung der mit Strafermittlungen befassten Bediensteten hinsichtlich der Erkennung rechtsextremer Hintergründe bzw. rassistischer Motive bei Straftaten,

Dresden, den 3. Juli 2020

Unterzeichner: Christian Hartmann
Ort: Dresden
Datum: 03.07.2020

Unterzeichner: i.V. Valentin
Lippmann
Datum: 03.07.2020

Unterzeichner: Dirk Panter
Ort: Dresden
Datum: 03.07.2020

Christian Hartmann, MdL
CDU-Fraktion

Franziska Schubert, MdL
Bündnis 90/Die Grünen

Dirk Panter, MdL
SPD-Fraktion

2. Stärkung der Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei religiösen und weiteren sensiblen Einrichtungen,
3. Stärkung des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrums (PTAZ) und der staatsanwaltschaftlichen Zentralstelle Extremismus in Sachsen (ZESA),
4. Initiative zur Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts aller Bundesländer unter Beteiligung des Bundes mit dem Ziel einer frühzeitigen Erkennung und effektiven Bekämpfung des neuen Phänomens des sog. „Schwarmterrorismus“,
5. Erhöhung des Verfolgungsdrucks sächsischer Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität,
6. Vereinfachung der Möglichkeiten, der Polizei Hasskriminalität im Internet mitzuteilen,
7. Erhöhung des Anteils von IT-Expertinnen und -Experten, die als so genannte „Cybercops“ im sächsischen Polizeidienst eingesetzt werden können,
8. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Opfer von rechtsextremen Bedrohungen oder Straftaten, die Betroffene mit Informationen, Beratung und Gefahrenanalyse unterstützt,
9. Umfassende und wissenschaftlich fundierte Unterrichtung der Öffentlichkeit über antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen in Sachsen durch Errichtung einer „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung demokratiefeindlicher Bestrebungen“,
10. Sensibilisierung von Vorgesetzten und Verantwortlichen zum Umgang mit menschenfeindlichen Positionen im öffentlichen Dienst, konsequentes Vorgehen gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst sowie Ermutigung der Bediensteten, für eine freie und offene Gesellschaft einzutreten,
11. Etablierung von geeigneten Maßnahmen zur Prävention und zum frühzeitigen Erkennen verfassungsfeindlicher Einstellungen bei Bediensteten im öffentlichen Dienst, einschließlich Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildungskonzepte und Leitbilder,
12. Motivation der kommunalen Sicherheitsbehörden, bei der Erteilung bzw. Versagung und dem Entzug der Waffenbesitzkarte, aber auch im Rahmen der nachgelagerten Kontrolltätigkeit, ihre Anstrengungen zu erhöhen,
13. Gemeinsame Prüfung mit den übrigen Bundesländern, mit welchen Maßnahmen sichergestellt werden kann, unzuverlässige Inhaberinnen und Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse besser zu erkennen,
14. Verstärkte Information der Zivilgesellschaft und der Kommunen über örtliche Akteure, Strukturen und Aktivitäten der Rechtsextremen durch geeignete Informationsmaterialien und Veranstaltungen,
15. Etablierung einer Beratungsstruktur für Kommunen insbesondere zum Umgang mit rechtsextremen Veranstaltungen und Immobiliennutzung,

16. Umsetzung des länderübergreifenden und bundesweit einheitlichen Frühwarnsystems für rechtsextreme Gefährderinnen und Gefährder in Sachsen,
17. Durchführung einer Dunkelfeldstudie unter Federführung der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) unter Einbeziehung von externem Sachverstand sowie Erstellung spezifischer Lagebilder für den künftig alle zwei Jahre erscheinenden Periodischen Sicherheitsbericht mit dem Ziel, ein klareres Bild der unterschiedlichen Formen des Rechtsextremismus, insbesondere von Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und deren Opfern zu erhalten,
18. Unterstützung der Einrichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer der Taten des in Sachsen untergetauchten NSU,
19. Verstärkung der politischen Bildungsarbeit sowie von Angeboten der Beratung und der Radikalisierungsprävention mit dem Ziel, Extremismus und demokratiefeindlichen Einstellungen und Bestrebungen überall argumentativ, mit den Mitteln des Rechtsstaates klar entgegenzutreten.

III. Das Gesamtkonzept ist unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung und Anhörung zivilgesellschaftlicher Akteure zu erarbeiten.

IV. Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag über das Gesamtkonzept nach der Erarbeitung und über dessen Umsetzung bis zum 31. Dezember 2021.

Begründung:

Am 19. Februar dieses Jahres erschoss ein Attentäter im hessischen Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven, seine Mutter und sich selbst. Bei den Opfern handelt es sich um unsere Mitmenschen, um Männer und Frauen, die in Deutschland geboren wurden, die hier Familie hatten, ihren Arbeitsplatz, ihre Freunde. Sie wurden getötet, weil der Täter Migranten hasste.

Am 9. Oktober letzten Jahres wurde in Halle ein Anschlag auf die Synagoge verübt. Es war ein großes Glück, dass der mutmaßlich rechtsextremistische Täter nicht in die voll besetzte Synagoge gelangen konnte. Vor der Synagoge und in einem Dönerimbiss erschießt der Mann, dessen Manifest vor Antisemitismus nur so strotzt, eine Frau und einen Mann.

Am 2. Juni 2019 wurde der CDU-Politiker Walter Lübcke in seinem Wohnhaus in Wolfhagen/Hessen durch einen Kopfschuss getötet. Als dringend tatverdächtig gilt der Rechtsextremist Stephan E. Lübcke wurde durch sein Engagement für Flüchtlinge und seine klare Haltung gegenüber PEGIDA über Hessen hinaus bekannt.

Innerhalb nicht einmal eines Jahres wurden in Deutschland mutmaßlich mindestens 13 Menschen aus rassistischen, antisemitischen und rechtsextremistischen Motiven getötet.

Auch Sachsen hat leidvolle Erfahrung mit Rechtsterrorismus. Hier lebten die Täterin und die Täter des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) bis zu ihrer Selbstaufdeckung jahrelang unerkannt. Hier wurden in der Vergangenheit bereits einige rechtsextremistische Gruppierungen verboten. Hier radikalisierten sich die Rechtsterroristen der „Gruppe

Freital“ und „Revolution Chemnitz“, welche Anschläge auf Migrantinnen und Migranten sowie Andersdenkende verübten und offen auf einen Sturz der Demokratie hinarbeiteten.

In der Bundestagsdebatte zum Attentat in Hanau Anfang März erklärte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, dass Betroffenheit nicht mehr reiche, der Staat müsse sich eingestehen, dass er die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt habe. „Gewählte Repräsentanten stehen in der besonderen Verantwortung, sich von extremistischen und rassistischen Ausfällen nicht nur verbal zu distanzieren, sondern deren Urheber konsequent dort zu verorten, wo sie stehen: jenseits jedes bürgerlichen Anstands und außerhalb unserer demokratischen Ordnung. Hass und Hetze sind keine politische Haltung.“ betonte er.

Der norwegische Premierminister Jens Stoltenberg betonte diese besondere Verantwortung nach den Terroranschlägen von Oslo und Utoya mit den Worten: "Unsere Antwort auf Gewalt ist noch mehr Demokratie, noch mehr Menschlichkeit, aber nicht noch mehr Naivität."

In Wahrnehmung dieser Verantwortung, haben sich die Koalitionsparteien darauf verständigt, ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten.